

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Soest



1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 133 B „Ehemaliges Freibadgelände“ der Stadt Soest

- Satzungsbeschluss gem. § 13 a i.V.m. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

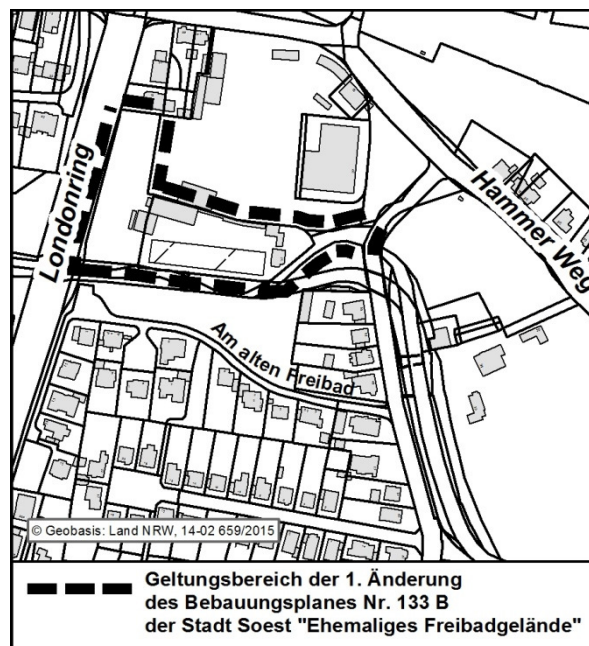
Der Rat der Stadt Soest hat in seiner Sitzung am 14.12.2017 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 133 B „Ehemaliges Freibadgelände“ der Stadt Soest einschließlich Begründung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Änderung erfolgte im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB i.V.m. § 13 BauGB.

Der o.g. Satzungsbeschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13 a Abs. 2 Ziffer 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Das Plangebiet betrifft die Fläche des ehemaligen Freibades im Soester Westen. Begrenzt wird die Fläche im Norden vom Gelände eines ehemaligen Baustoffhandels, im Osten durch die Straße Feldmühlenweg, im Süden durch die Grünflächen um den renaturierten Soestbach und im Westen durch den Londonring.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem nachfolgend abgedruckten Kartenausschnitt ersichtlich.



Jedermann kann den Bebauungsplan mit der Begründung im Rathaus II der Stadt Soest, Windmühlenweg 21, 59494 Soest, 1. Obergeschoss (Arbeitsgruppe Stadtplanung), während der Dienststunden einsehen; über deren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Weiterhin ist der Bebauungsplan in Kürze im Internet auf der Seite der Stadt Soest unter www.soest.de einzusehen.

Hinweise:

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Soest unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind; § 215 Abs. 1 Satz 1 BauGB gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Weiterhin wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Gem. § 44 Abs. 4 BauGB erlischt ein Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Gemäß § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Soest vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachung

Der Bebauungsplan Nr. 133 B „Ehemaliges Freibadgelände“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Er tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis: Der Inhalt dieser Bekanntmachung ist ebenfalls im Internet unter www.soest.de einzusehen.

Soest, den 21.12.2017

gez. Dr. Ruthemeyer
Bürgermeister